

Barschel

sich CDU und CSU unausgesprochen sogar das sudetendeutsche Junktim zu eigen gemacht: ohne Entschädigung der Vertriebenen keine Wiedergutmachung für die tschechischen KZ-Überlebenden.

„Natürlich war die kollektive Vertreibung der Deutschen nach 1945 eine riesige geschichtliche Ungerechtigkeit“, räumt der frühere Dissident und Ex-Außenminister Jirí Dienstbier ein. „Aber die Sudetendeutschen müssen sich auch klarmachen, was dazu geführt hat und welchen Anteil sie daran hatten.“ Und was haben die Opfer des Nazi-Terrors damit zu tun?

Vor zwei Monaten beschloß die Regierung in Prag, den meist betagten etwa 17 000 KZ-Überlebenden selbst zumindest eine kleine, symbolische Wiedergutmachung zu zahlen. „Eine moralische Ohrfeige für die Deutschen“, urteilt Diplomat Černý.

Die stört das offenbar nicht. Prag wird von Bonn als vernachlässigbare Größe gesehen: „Die deutsche Politik und die Öffentlichkeit sind traditionell geneigt, unter den Nachbarn die Tschechen eher an letzte Stelle zu rücken“, meint Ferdinand Seibt, Mitglied der deutsch-tschechischen Historikerkommission. „Uns trennt eine erschreckende Anzahl von Vorurteilen und Verallgemeinerungen, die sich rascher wecken lassen als ringsum in unserer Nachbarschaft.“

Das bekommen andererseits die wenigen, nach der Vertreibung in Böhmen geduldeten Deutschen zu spüren. Die deutsche Minderheit ist es gewohnt, ihre Volkszugehörigkeit zu verbergen.

Verstreut über das ganze Land konnten die Böhmen-Deutschen jahrzehntelang nur in harmlosen Sing- und Spielgruppen oder Zitherklubs Kontakt halten – wenn nicht auch diese wegen „mangelnden sozialistischen Niveaus“ verboten wurden.

Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus, so hatten viele gehofft, werde eine neue Ära auch für die Deutschen im Osten beginnen. Doch nun sind sie unbeliebt wie zuvor.

Bei einer Zählung im Jahre 1992 haben sich gerade noch knapp 8000 zur deutschen Minderheit bekannt. „Ein paar mehr werden es sein“, vermutet Walter Piverka, Präsident der Landesversammlung der Tschechen-Deutschen. „Aber viele haben immer noch Angst.“

Nach dem Abschluß des deutsch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrages 1992 hatten Piverka und seine Mitstreiter auf bessere Verständigung gesetzt. Staatspräsident Václav Havel sprach damals vom „Beginn einer neuen Ära“ im Verhältnis zwischen den Nachbarvölkern.

Der Beginn ist auf unbestimmte Zeit verschoben. □

Offen für alles

Am Runden Tisch in Lübeck, der den Tod Uwe Barschels aufklären soll, gibt es schon Krach, bevor das Gremium überhaupt getagt hat.

Eine deutsche Premiere am Freitag, dem 13. Das kann nicht gutgehen.

Erstmals kommen an diesem Tag Spezialisten der deutschen Nachrichtendienste, des Bundeskriminalamtes (BKA) und der Berliner Gauck-Behörde in Lübeck zusammen, um den Straf-

Das Unternehmen Glasnost der Dienste sorgte schon im Vorhinein für Schlagzeilen und Irritationen. Verdächtigungen geistern, alte Spekulationen wuchern – je abenteuerlicher, desto blühender. Die CIA sah sich genötigt, Meldungen zu dementieren, auch die Amerikaner hätten in den achtziger Jahren Uwe Barschel observiert.

Sichtlich genervt, bat am Montag vergangener Woche der Chef der Kieler Staatskanzlei, Klaus Gärtner, den Ermittler Wille zu einem Gespräch: „Gibt es wirklich was Neues?“ Wille vage: „Wir sind offen für alles.“

Runde Tische, dozierte Gärtner, gebe es nur in Diktaturen. In Demokratien sei es üblich, Vertreter von Diensten „ordentlich vorzuladen“. „Glauben Sie etwa, daß der Bundesnachrichtendienst (BND) mit einem Päckchen voller Barschel-Geheimnisse erscheinen wird, vielleicht mit einem Schnürsenkel zugebunden?“ spottete der Staatssekretär.



Abtransport der Barschel-Leiche (1987)*: Mythos wie der Kennedy-Mord

verfolgen ihre geheimsten Erkenntnisse über den ehemaligen Kieler Ministerpräsidenten Uwe Barschel vorzutragen.

Den Runden Tisch der Geheimnisträger hat der Lübecker Leitende Oberstaatsanwalt, Heinrich Wille, zusammengebracht. Unterstützt von Kollegen und Kriminalbeamten, prüft er seit ein paar Wochen, ob Barschel, der am 11. Oktober 1987 tot in einer Badewanne des Genfer Hotels Beau-Rivage gefunden wurde, möglicherweise doch nicht durch eigene Hand gestorben ist.

Gibt es tatsächlich im Fall Barschel ein Kartell des Verschweigens, und sind deutsche Behörden daran vielleicht sogar beteiligt? Ende voriger Woche äußerte Wille vor Vertrauten den „sicheren Verdacht“, daß die westdeutschen Dienste „mehr wissen“, als sie bislang eingeräumt haben.

Die Stimmung unter Politikern, Juristen, Geheimdienstlern und Kriminologen ist gereizt. Von einem finsternen Superkomplott munkeln Christdemokraten in Kiel und Bonn. „Das wird ein Fall Schleswig-Holstein werden“, orakelte der Staatsminister im Kanzleramt, Bernd Schmidbauer.

* Vor dem Hotel Beau-Rivage in Genf.

Die These der Konservativen, der ahnungslose Barschel sei auf seinen von den Sozis gesteuerten Medienreferenten Reiner Pfeiffer hereingefallen, selbst also unschuldig gewesen, konterte der Kieler Justizminister Klaus Klingner (SPD) vorige Woche mit der nicht minder kühnen Gegenthese, womöglich sei Pfeiffer ein Spitzel der Bundes-CDU gewesen, die den armen Barschel habe ausforschen wollen.

Oder war der Barschel-Referent Pfeiffer etwa doch ein Agent der Stasi? Die Frage hat die Karlsruher Bundesanwaltschaft zwar schon nach pingeliger Prüfung vor zwei Jahren heftig verneint. Doch auch die Stasi-Theorie möchte Wille nochmals prüfen.

Die allgemeine Verwirrung läßt Schlimmes befürchten: Der Tod von Genf wird vermutlich nie endgültig geklärt werden, weil die Genfer Behörden vor sieben Jahren schludrig ermittelt haben. Aber das Ende des Uwe Barschel liefert – den Geheimdiensten sei Dank – Stoff für den sich stetig fortpflanzenden Mythos einer globalen Verschwörung finsterner Mächte, ähnlich wie beim Mord am US-Präsidenten John F. Kennedy.

Der Kasper des absurden Stücks scheint schon festzustehen: der BND.

Die Pullacher Behörde hat mit ihrem ersten Geheimdossier über Barschel, das im November in Lübeck eintraf, den entscheidenden Anstoß für die neuen Ermittlungen gegeben. Der sechsseitige Barschel-Bericht könnte den ohnehin lädierten Ruf des Dienstes noch weiter ramponieren.

Den BND-Aufmarsch angeblicher Zeugen führt ein Mann an, der seit geraumer Zeit im Fernsehen hinter Milchglasscheiben ebenso abenteuerliche wie abstruse Mutmaßungen über das Ende Uwe Barschels verbreitet.

Der Zeuge, der seinen Namen in der Öffentlichkeit nicht nennt, schickte dem BND auf zwei Disketten, was er zuvor schon anonym verkündet hatte: Es war Mord. Der BND-Konfident lieferte sogar ein Phantombild des angeblich letzten Besuchers von Barschel in Genf. Die meisten seiner Kenntnisse hatte er wortwörtlich aus Zeitungen abgeschrieben.

Ende November erklärte „der Informant unaufgefordert“ (BND-Notiz), er habe „einen Zeugen gefunden“, der „gesehen haben will, wie Herr Dr. Barschel im Hotel Beau-Rivage über den Flur geschleift wurde“. „Ein zweiter Zeuge könne den Vorgang bestätigen.“ Namen nannte der Informant nicht.

Noch einen drauf setzte ein anderer BND-Zuträger, der den Geheimdienstlern haarklein aufschrieb, eine „Arbeitsgruppe Mielke/Sicherheit (AGM/S)“ der Stasi habe Uwe Barschel umgebracht (SPIEGEL 1/1995).



Hotel Beau-Rivage: Aussagen hinter Milchglas

Die Nachricht stammte von einem langjährigen Informanten-Ehepaar des BND in Niedersachsen. Das wiederum will sie von einem Angestellten aus seiner Firma erhalten haben. Der habe den Eheleuten im April 1994 ein vierseitiges Gedächtnisprotokoll über das Ende Barschels durch die AGM/S übergeben. Belege: null. Selbst die Bezeichnung war falsch: Gegeben hat es eine „Arbeitsgruppe Minister/Stöcker“.

Nebenbei ließ der Zeuge noch wissen, derzeit sei eine Gruppe ehemaliger Sta-

„Eine Journalistin hat mit zu vielen Leuten geredet“

si-Mitarbeiter dabei, „die russische und italienische Drogenmafia zu zerschlagen, um deren Vertriebs- und Abnehmernetz zu übernehmen“.

Die BNDler machte soviel Phantasie nicht stutzig. Die Überbringer des Briefes immerhin, so schrieben sie in ihren Barschel-Bericht, „machen einen glaubwürdigen Eindruck“.

Nicht weniger bezeichnend für die Qualität der BND-Quellensammlung ist die Geschichte des Peter Feuchtenber-

ger. Der frühere Referent von Spionagechef Markus Wolf soll sich angeblich kurz vor dem Tod mit Barschel in Genf getroffen haben. Der Stasi-Offizier soll den Decknamen Robert Roloff geführt haben, behauptet ein weiterer BND-Informant.

Ein sensationeller Verdacht: Roloff war jener geheimnisvolle Unbekannte, der in den Barschel-Notizen als letzter Besucher vor dessen Tod auftaucht. Doch Ex-Stasi-Mann Feuchtenberger konnte die Geschichte schon: „Seit Jahren wird der Unsinn behauptet.“

Er habe ein einwandfreies Alibi: „Nachweislich war ich auf einem Lehrgang mit 20 weiteren Leuten zusammen. Ich habe keinen Tag gefehlt.“ Eine charmante Journalistin sei vor Jahren der Roloff-Fiktion aufgesessen, „und ich glaube, sie hat mit zu vielen Leuten darüber geredet“.

Die Feuchtenberger-Spur des BND stammt von einem ehemaligen Offizier der Stasi, der im Oktober 1990 und im März 1993 vom Verfassungsschutz abgeschöpft worden ist. Die Angaben habe er, so der Stasi-Mann, von einer Journalistin, zu der er „intensiven Kontakt (12 Gespräche)“ unterhalten habe. Diese wiederum habe ihr exklusives Wissen von einem Stasi-Major.

Keine Beweise? Es liegt in der Natur von Verschwörungstheorien, daß sie fast nie zu widerlegen sind.

Die Bundesanwaltschaft will am Runden Tisch in Lübeck in dieser Woche nicht mitsitzen. Aber die Karlsruher steuerten immerhin auf dem Dienstweg die „Quelle Aktie“ des niedersächsischen Verfassungsschutzes bei – Erzählungen eines früheren Stasi-Majors, der aus guter Quelle gehört haben will, daß Barschel für die Stasi gearbeitet hat – irgendwie.

Die Story hat sich zwar längst als Unsinn herausgestellt, aber Staatsanwalt Wille will wirklich alles wissen.

Ironie der Geschichte: Dokumente, die über Uwe Barschels politisches, geschäftliches und privates Wirken in den achtziger Jahren wirklich Aufschluß geben könnten, sind längst vernichtet – vom westdeutschen Geheimdienst. Der

frühere Ministerpräsident ist fleißig abgehört worden. Im Kalten Krieg lag die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt an der Schnittstelle der funkelektronischen Aufklärung beider deutscher Staaten.

Eine als Grenztruppe der Volksmarine getarnte Stasi-Crew operierte aus einem Bauernhaus gegenüber Travemünde. Der BND hatte auf der westlichen Seite im obersten Geschoß eines Luxus-hotels Quartier bezogen.

Zumindest die von der Stasi abgehörten Telefonate landeten nach der Wende beim bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz. Auf Beschluß der Innenministerkonferenz wollen die Bayern das gesamte Material aus Datenschutzgründen vernichtet haben, darunter auch angebliche Abschriften der Barschel-Telefonate.

Doch Staatsanwalt Wille traut den Geheimdienstlern nicht. Er möchte nun



H. SCHWARZBACH / AFGUS

Barschel-Ermittler Wille Geheimdienstler verärgert

wissen, ob die Bayern nicht doch Kopien gezogen haben, bevor die Originale in den Reißwolf wanderten.

Der Lübecker Ermittler hat die Großkopfeten der Sicherheit inzwischen so sehr verärgert, daß sowohl der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Eckart Werthebach, als auch BKA-Chef Hans-Ludwig Zachert vermutlich nicht zum Runden Tisch kommen werden. Beide lassen sich durch Abteilungsleiter vertreten.

Und auch der oberste Verwalter der Stasi-Akten schickt nur einen Referenten. In kleinem Kreis begründete Joachim Gauck seine Absage mit dem schlichten Satz: „Das ist doch alles heiße Luft.“ □